

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Verleger:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Ed. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Koll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositivzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswertige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefeileberlegung 10 Goldpf.

Nr. 22

Dresden, Dienstag den 27. Januar 1925

36. Jahrg.

Weltpolitische Streifzüge

Nicht nur in Deutschland, auch in der Politik vieler anderer Staaten ist noch alles in Fluss, machen sich leise oder stürmisch Umgestaltungen bemerkbar und stehen gegensätzliche Interessen einander gegenüber. Die Richtungen der Äolierzone ist in der letzten Zeit in Deutschland häufiger aus dem Umstand erklärt worden, daß die englische Großindustrie ein Interesse daran habe, das Wirtschaftsleben Deutschlands vorläufig noch nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Wenn die Beibehaltung der Besetzung von Köln (abgesehen von der Ungeschicklichkeit und Passivität unseres ruhmreichen Außenministers Stresemann) wirklich mehr auf das Konto Englands als auf das Frankreichs zu setzen ist, so dürfte jedoch in England ein anderer Grund viel mehr mitzureden als der rein wirtschaftliche. Der Versuch, vorläufig die Kölner Zone noch besetzt zu halten, dürfte in einem viel höheren Maße auf Gründe der englischen Außenpolitik zurückzuführen sein.

Es ist eine Beobachtung, die weit bis vor Diderot, den späteren Lord Beaconsfield, zurückgeht, daß in England konservative Regierungen recht häufig eine aggressive Außenpolitik treiben. Mehr noch als auf andere konservative Kabinette scheint dies auf die Regierung Baldwin zuzutreffen, in der Imperialisten und Gewaltpolitiker von reinstem Wasser sitzen — wobei man sich unter einem englischen Gewaltpolitiker allerdings nicht einen „Politiker“ nach der Art eines deutschnationalen oder deutschsozialistischen Marktschreiers vorstellen darf. England will sich in Europa Luft machen, und die gegenwärtige englische Regierung hat ein Interesse daran, daß in Europa der Schwerezustand zwischen Frankreich und Deutschland weiter bestehen bleibt. Weil dem so ist, wor auch die Art, wie unsere Nationalisten den Sieg der englischen Konservativen beurteilt haben, nichts weiter als eine Karikatur. England hat im nahen Osten verschiedene schwache Stellen, vor allem aber will die konservative Regierung Englands in Ostasien und in Britisch-Indien eine aktivere Politik treiben. Der Ausbau Singapores zu einem Weltpolitik ersten Ranges ist nur ein Merkmal dieser wieder stärker hervortretenden Betonung englischer Interessen in Ostasien.

Auch in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika ist mit einer weiteren Vertiefung imperialistischer Tendenzen namentlich in Ostasien zu rechnen. Selbst wenn es in China gelingen sollte, durch die geplante „Führerkonferenz“ die größten Wirren zu beseitigen, wird das Drängen Amerikas und Japans um machtpolitischen und wirtschaftlichen Einfluß in China zunächst kaum abnehmen. Komplizierter sind die Verhältnisse in China noch geworden, weil jetzt dort auch Rußland seine Hand mit im Spiel hat. Die Tatsache, daß an Stelle des Anfang März zurücktretenden amerikanischen Staatssekretärs Hughes der jetzige amerikanische Botschafter in London, Frank Kellogg, tritt, mag zum Teil darin zu erklären sein, daß der Präsident der Union einen Außenminister um sich haben will, der die europäischen Zustände weit besser kennt, als es sonst bei amerikanischen Politikern der Fall ist, aber bei der Ernennung Kelloggs dürfte auch von Einfluß gewesen sein, daß dieser die Verhältnisse des englischen Empire besonders gut kennt. Trotzdem das große Erdbeben im Jahre 1923 dem ganzen Gemeinwesen Japans einen schweren Schlag zugefügt hat, sind die Gedanken an einen Krieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika noch immer nicht vergessen, und ein solcher Krieg — früher oder später — erscheint auch vielen Nordamerikanern als sicher. Aber ob nun ein solcher Krieg in einer nahen oder in einer späteren Zeit droht, England will in Ostasien auf dem Posten sein und England, wenigstens ein konservativ regiertes England, würde bei einem Krieg zwischen Nordamerika und Japan kaum neutral bleiben, sondern sich dem Gegner Japans anschließen, schon deshalb, um seinen Einfluß in Australien und Kanada nicht zu verlieren.

In den beiden Ländern, die in den letzten Jahren unsern nationalpolitischen sogenannten Politikern als Musterländer galten, weil dort neuasiatische politische Kondottieri zur Herrschaft kommen konnten, in Italien und in Spanien, scheint die Diktatur noch und nach vollständig im Sumpf zu verkommen. Die Großherzöge des Kaiserthums in Italien hören sich schon heute nicht anders an wie der Gesang eines Kindes im Walde; was fürcht vor dem Unbekannten ist, soll Stärke und Mut vorführen. Primo de Rivera, der im September 1923 Mussolini als sein Vorbild bezeichnete, hat heute womöglich noch mehr in der Klemme als sein Volkstribun im Lande der Abruzzen. Reich wecheln die Bilder auf dem Balkan. Was gestern noch feststehend erschien, ist heute schon wieder verworfen, wo sich heute bestimmte Richtlinien zeigen, drängen sich kurze Zeit darauf schon wieder andere hervor, geschweigen ist nur die Unsicherheit, die schon seit langer Zeit ein Kennzeichen des Balkans und seiner politischen Strömungen ist, und zwar innerpolitisch wie außenpolitisch. In Jugoslawien herrscht wieder der alte Balkan, der es noch durchleben will, doch das Königreich der Serben, Kroaten und Slawen ein großserbischer Staat wird, Albanien hat wieder eine Revolution hinter sich, die nur deshalb nicht ganz als Operationenrevolution angesehen werden kann, weil dahinter jugoslawisch-italienisch-griechische Interessengegenstände stehen, weil nach dem jetzigen Siege des jugoslawischen Schicksals wieder der Schicksals Italiens an der Reihe ist, einen Umsturz zu inszenieren. Sehr flüchtig und in stetem

Wandel begriffen sind die außenpolitischen Beziehungen der Balkanstaaten zueinander und zu anderen Ländern. Rumänien hat in erster Linie Furcht vor Rußland, in Jugoslawien besteht eine offene oder geheime Abneigung vor Italien, Griechenland fürchtet sich vor der Türkei und vor Bulgarien. So werden Fäden hinüber und herüber gesponnen für eine Bündnispolitik, die vor den wirklichen oder vermeintlichen Gefahren schützen soll. Bulgarien verfuhr bereits eine Anlehnung an die Türkei, hat aber dort keine ausreichenden Zugeständnisse erhalten. Jugoslawien will sich gegen Italien stark machen, sucht daher das Bündnis mit Griechenland zu erneuern und, wenn dies möglich ist, will es auch Bulgarien mit in dieses Bündnis hineinnehmen. Vor dem Zustandekommen eines solchen Balkanbundes müßten freilich zwischen Jugoslawien und Bulgarien, ebenso zwischen Griechenland und Bulgarien noch verschiedene Streitfragen geregelt werden. Vorläufig ist auf dem Balkan nichts weiter sicher als das Unsihere.

In Persien ist zur Zeit eine amerikanische Finanzdelegation, die den Auftrag hat, die Staatsfinanzen Persiens grundlegend zu ordnen. Den amerikanischen Finanzleuten scheint dies aber unter den jetzigen Verhältnissen eine vergebliche Arbeit zu sein, weil die Hälfte der Staatseinnahmen vom Militärbudget verschlungen wird. Die amerikanische Sanierungskommission will deshalb Persien wieder verlassen. In der Türkei lebten die Politiker und Militärs jahrelang in einer Hochstimmung, die meisten Gelder flossen der Militärverwaltung zu. Jetzt zeigt sich, daß das Land völlig erschöpft ist und daß auch die Türkei nicht durch Kriege, sondern nur durch friedliche Arbeit hochgebracht werden kann. Auch Polen ist der Erhöhung nahe. Seine Staatsfinanzen und Politik sehen dies aber zum größten Teil noch nicht ein, sondern achten mehr auf das „Prekäre“, auf die Polen vermeintlich zukommende „Großmachtstellung“, als auf gute Finanzen und auf eine wirtschaftliche Hebung des Landes. Ein Element der Unsicherheit und des fortwährenden Boicotts ist auch in den nördlichen Randstaaten, namentlich in Litauen, Lettland und Estland, noch nicht verschwunden. In diesen drei kleinen Staaten in der Ostsee wird immer die Souveränität Rußland bleiben, wozu bei Litauen noch der Gegensatz zu Polen wegen der Vilnafrage kommt.

In Rußland scheint ein Teil der führenden Volkswissenschaften immer noch an eine Weltrevolution zu glauben. Ueberall in Europa, bis nach Zentralasien und bis hinüber zum fernen Osten, bis nach China, Japan, Britisch-Indien, suchen die Volkswissenschaften Agitations- und Widerstandszentren zu schaffen. Doch höchstens in Asien und zum Teil in den verschiedenen Balkanstaaten verfügen die Volkswissenschaften

außerhalb Rußlands noch über ein größeres Einflußgebiet. Vielfach, wie z. B. jetzt in Frankreich, ist das Geschrei über die große kommunistische Gefahr nur ein innerpolitisches Mandat der Nationalisten, genau so, wie das Geschrei über den Bolschewismus in England gegen das Kabinett MacDonald ausgenutzt worden ist. In den Vereinigten Staaten von Amerika haben die Kommunisten bei der letzten Präsidentenwahl, wie jetzt feststeht, nicht mehr als ganze 34 000 Stimmen auf sich vereinigt.

Andere Fragen außenpolitischer Natur sind der Schuldenausgleich der Siegerstaaten, der Abschluß von Handelsverträgen, die Regelung der Postfrage vor dem Völkerbund, die voraussichtlich notwendig werdende Neuregelung der Verhältnisse in Marokko. Weiter im Hintergrund steht die Frage der Abrüstungen, die wiederum mit dem Schuldenausgleich und mit der starken Verteidigung Frankreichs in England und Nordamerika zusammenhängt. Schon dieser flüchtige Blick über die internationale Politik zeigt uns, daß sich vielerlei Probleme aufdrängen und daß in der Weltpolitik an eine Ruhepause noch nicht zu denken ist.

Links gewinnt, rechts verliert

SPD, Berlin, 27. Januar. (Eig. Rundfunk.) Das endgültige Ergebnis der Landtagswahlen im Freistaat Preußen, das nunmehr vorliegt, nachdem auch die Stimmen der sippischen Wanderarbeiter, die außerhalb ihrer Heimat wählen können, eingegangen sind, bedeutet einen erfreulichen Sieg für die Linke und die Sozialdemokratie insbesondere. Verglichen mit der Reichstagswahl sechs Wochen zuvor ergibt sich folgendes Bild: Sozialdemokraten: Landtagswahl 30 144, Reichstagswahl 26 554, Gewinn 3 590; Demokraten: Landtagswahl 7 115, Reichstagswahl 6 321, Gewinn 794; Christlicher Gewerksverein: Landtagswahl 4 551, Reichstagswahl 3 771, Gewinn 780; bisherige Regierungsparteien: Gewinn 5 264. Und nun die Gegenparteien. Deutschnationale und Volkische: Landtagswahl 22 963, Reichstagswahl 24 069, Verlust 1 106; Deutsche Volkspartei: Landtagswahl 13 817, Reichstagswahl 14 069, Verlust 1 012; Kommunisten: Landtagswahl 3449, Reichstagswahl 3685, Verlust 36; Oppositionsparteien: Verlust 2 154.

Danach gewannen die bisherigen Regierungsparteien über 5000 Stimmen, davon allein die Sozialdemokratie 3600. Die antirepublikanischen Parteien von Westarp bis Ruth Fischer verloren dagegen über 2000 Stimmen.

„Klar zum Gefecht!“

Die Vorbereitung der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten, die am nächsten Freitag ohne Ausdrücke vom Landtag vorgenommen werden soll, konnte bisher schon aus deswillen keine Fortschritte machen, weil nicht nur die Fraktionen, sondern auch die Mehrzahl der führenden Politiker noch von Berlin abwesend sind. Die Rechte ist außerordentlich betrübt darüber, daß der Kuhhandel auf der ganzen Linie stockt. Im Lager der bisherigen Koalitionsparteien verspürt man keinerlei Reigung, auf die Anbiederungsversuche der beiden Rechtsparteien einzugehen. Die Zeit drängt aber, weil ja am Freitag bereits die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag erfolgen soll. Die Deutschnationalen wollen um jeden Preis Zeit gewinnen, weil sie hoffen, daß, wenn erst die Fraktion der Demokraten und namentlich die des Zentrums in Berlin versammelt sind, es gelingen könnte, aus diesen Lagern Vorspann für den reaktionären Karren zu gewinnen. Die Deutschnationalen wollen deshalb im Hause der Geschäftsordnungsbehalte am Freitag den Antrag stellen, die Wahl des Ministerpräsidenten zu vertagen. Die Deutsche Volkspartei wird ihnen sicher dabei Hilfe leisten. Es ist aber so gut wie ausgeschlossen, daß Demokraten und Zentrum diesen Antrag unterstützen werden.

Bisher haben die Rechtsparteien nur mit ein paar Außenseitern der Zentrumsfraktion befriedigende Fühlung gewonnen. Die führenden Männer des Zentrums aber haben die deutschnationalen Ueberredungsversuche abgelehnt. Alle maßgebenden Zentrumsstimmen, die sich bisher zur Regierungsbildung in Preußen geäußert haben, stimmen in der schroffen Ablehnung einer reaktionären Regierung für Preußen überein. Die Stimmung in den republikanischen Kreisen des Zentrums spiegeln folgende Pressestimmen wieder:

Bln, 26. Januar. (Eig. Draht.) Die Königlich-Volkzeitung schreibt am Montagabend unter der Ueberschrift „Klar zum Gefecht!“ zu der preussischen Regierungskrise: „Wir wissen, was das staatsbürgerliche Gemissen von uns verlangt. Eins können wir den besorgten Vorgesetzten auf der Rechten schon heute sagen: Sie können am kommenden Freitag Ueberredungen erlesen. Wir lassen uns zu jeder Arbeit, die im Interesse des Volkswohls liegt, heranziehen, aber wir lassen uns nicht mißbrauchen. Das Rechtswort mit den Volkswissenschaften, das sogar der Königlich-Volkzeitung auf die Herzen fiel, hat selbst den Vertrauensleihen die Augen geöffnet. Wir erkennen es heute: Es geht ums Ganze. Preußen soll, koste es, was es wolle, zum Truhberg des politischen und sozialen Aufstieges gemacht werden, unbedünnt um die Wirkungen im Lande, unbedünnt um die

verhängnisvollen Wirkungen im Auslande. Langsam und sicher soll das alte System wieder anerkennen — dieses System mit seiner Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil und gegen alles, was nicht in den stielbischen Kram paßt.

Wir haben auch an neuen Staatsmännern auszusehen, aber gemessen an dem, was früher war, bedeutet er doch auf wichtigen Gebieten einen gewaltigen Fortschritt.

Wir erkennen die Taktik: Man will das Zentrum in Preußen in eine Rechtskoalition zwingen, um es „unschädlich“ zu machen. Gegen diese Versuche rufen wir unsere Wählerkraft zum Kampfe auf, und dieser Ruf wird nicht verhallen: Hundert Jahre ostelbischer Herrschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil sind in Westfalen und im Rheinland namentlich noch unergessen, und die Aussicht auf die beherrschende Wiederkehr derselben Presse von einst wird alle Gefühle wieder erwecken, die nur geschlafen haben, weil man sich in einem freilichlich gerichteten Stande wähnte; sie werden erwachen, sobald man den alten Gegner wieder vor sich sieht.

Wir kennen unsere Verpflichtungen gegenüber dem neuen Preußen und unser Wählerchaft.

Der Kampf um die Einstellung Preußens hat begonnen. Das reaktionäre Preußen hat sich zusammengefunden und hält zum Schloß aus, es richtet wieder bogenschief seine Wände zum Westen. Aber dessen darf man auf der andern Seite gewiß sein: Einem reaktionären Preußen sagen wir den schärfsten Kampf an, und wir haben heute ganz andere Machtmittel als früher zur Verfügung, um diesen Kampf erfolgreich zu führen. Die Herausforderung vom 23. Januar ist gegeben und wir nehmen den Fehdehandschuh auf.

In ähnlichem Sinne äußert sich am Montagabend die Rheinische Volkswacht, das offizielle Kölner Zentrumsorgan, das folgendes schreibt: „Das Rein von Jansuch, des Führers der christlichen Bergarbeiter, des Mannes, der nun seit Monaten die bittere Not weitestgehend arbeitender Schichten aus allerhöchster Nähe kennt, sollte in ganz Deutschland bei allen, denen am inneren Frieden des Volkes gelegen ist, wie ein Warnungssignal wirken, das man nicht ungehört überhören kann. Die wirtschaftliche Reaktion, der unbestreitbar weitgehend vorhandene Wille bestimmter großkapitalistischer Kreise, den christlichen, sozialen Gedanken in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik niederzuknien, mit arbeitenden Menschen umzuspringen, als ob die gemeinsame Not des deutschen Volkes diese Menschen verpflichtete,

zufrieden zu sein, wenn sie nicht verhungern, das ist der Weg zum Bürgerkrieg. Das ganze Zentrum, ohne Unterschied der Klassen, Stände und Schichten, muß, wenn es den Anspruch auf den Namen und Charakter einer christlichen Partei erhebt, sich mit voller Wucht gegen diese Reaktion stemmen, und wenn sie nicht überwinden werden kann dadurch, dann muß eben nur mit den Linksparteien zusammen diese Reaktion überwunden werden.“